

Interview der Generalsekretärin des Regionalen Kooperationsrates Majlinda Bregu an die Austria Presse Agentur (APA)

4. Dezember 2019

Regionaler Kooperationsrat sieht Einigkeit der EU geschwächt

Utl.: Generalsekretärin Bregu: Verzögerung bei EU-Erweiterung erzeugt "Klima der Enttäuschung" am Westbalkan

Brüssel (APA) - Die Einigkeit der Europäischen Union ist nicht so stark, wie sie einmal war. So lautet die Einschätzung von Majlinda Bregu, Generalsekretärin des Regionalen Kooperationsrates (RCC) für Südosteuropa in Hinblick auf die EU-Erweiterungsdebatte. "Die Politiker denken mehr an ihre eigene landesspezifische Agenda", sagte sie am Dienstag in Brüssel gegenüber der APA.

Daran sei nichts falsch, das sei die Aufgabe von Politikern, "aber sobald man in einer Union ist, muss man die Verantwortungen und Verpflichtungen auch respektieren", so Bregu, die von 2007 bis 2013 Albanien Ministerium für Europäische Integration leitete.

Die Verzögerung bei der EU-Erweiterung habe ein "Klima der Enttäuschung" auf dem Westbalkan erzeugt. "Die Menschen sind jene, die wirklich den Prozess des EU-Beitritts befürworten", sagte die Generalsekretärin. "Sie denken, wenn die EU-Standards für ihr Land gelten, werden sie sich sicherer fühlen, die gleichen Chancen bei der Arbeitssuche haben und vor Gericht gerecht behandelt werden."

Bregu befürchtet Auswirkungen auf die Reformbemühungen der Staaten. Bisher sei deren Performance am besten gewesen, wenn der Einfluss der EU am stärksten war, erklärte sie.

Das Veto von Frankreich hatte beim EU-Gipfel im Oktober eine positive Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern Nordmazedonien und Albanien verhindert. Paris fordert eine Reform des Beitrittsprozesses. Die EU-Kommission soll nun Vorschläge dazu vorlegen.

Bregu tritt dafür ein, dass der EU-Erweiterungsprozess parallel dazu fortgesetzt wird und verlangt Klarheit und die Vorgabe eines Zeitplanes. "Wir müssen wissen, was nun passiert. Sollen wir mit den Reformen weitermachen und mit welchen zuerst?" Dies entspricht auch dem Standpunkt der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Diese plädierte am Mittwoch in Brüssel dafür, dass die Revision des Beitrittsprozesses aktiv verfolgt, "aber parallel den beiden genannten Ländern Nordmazedonien und Albanien sobald wie möglich eine Chance für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen" gegeben werde.

Der Regionale Kooperationsrat (RCC) ist seit 2008 die Nachfolgeorganisation des 1999 zum Wiederaufbau auf dem Balkan gegründeten Stabilitätspaktes. Sechs Länder der Region gelten als EU-Beitrittskandidaten: Serbien und Montenegro befinden sich im Beitrittsprozess, Albanien und Nordmazedonien warten auf Grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, für Kosovo und Bosnien-Herzegowina gibt es noch einige Hindernisse zu bewältigen.